

Sachverhalt Erweiterungsbau Haus der Heimat Nürnberg e.V. hier: Investitionskostenzuschuss

Die Arbeit des Hauses der Heimat (HdH) als "Heimstatt für Vertriebene und Aussiedler" und Kultur-, Begegnungs- und Integrationszentrum genießt seit langem große Wertschätzung und Anerkennung von Stadt, Bezirk und Land.

Im Laufe der Jahre entwickelte sich dabei eine bemerkenswerte Zusammenarbeit des HdH mit anderen Institutionen und Vereinen, besonders aus dem Stadtteil Langwasser, wie dem Kultur- und FreizeitTreff BUNI (Behinderte und Nichtbehinderte), dem Sportverein VfL, dem Gemeinschaftshaus, dem Bürgerverein, dem Familienzentrum, Kirchen usw. Die positive Entwicklung der Mitgliederzahlen gerade aus dem Bereich der Russlanddeutschen ist für das Haus der Heimat sehr erfreulich. Allerdings stößt es dadurch an seine räumlichen Grenzen. Das Haus ist zu klein geworden. Aus Platzmangel müssen Kurse abgesagt und Jugendliche abgewiesen werden. Auch ist das Haus bisher nicht barrierefrei. Aus diesem Grund ist ein barrierefreier Erweiterungsbau geplant, der überwiegend vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Familien und Soziales finanziert wird. Der Erweiterungsbau ist derzeit mit 1.650.000 € veranschlagt. Ursprünglich war geplant, den Erweiterungsbau für weniger als 1 Mio Euro zu realisieren, die erste Machbarkeitsstudie ging davon aus. Eine finanzielle Beteiligung der Stadt Nürnberg wäre bei diesen Kosten nicht erforderlich gewesen. Aufgrund neuer Sicherheitsbestimmungen und Brandschutzauflagen (kein Bestandsschutz für den Altbau mehr, d.h. auch dort Umbaumaßnahmen hinsichtlich Brandschutz erforderlich) sind die Kosten nun aber deutlich gestiegen.

Um die Verwirklichung des Anbaus nicht zu gefährden beantragt der Haus der Heimat e.V. nun bei der Stadt Nürnberg einen Investitionskostenzuschuss i.H.v. 300.000 €. Die Stadt Nürnberg begrüßt die Arbeit des Hauses der Heimat, der Verein leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration in der Stadt. Aus diesem Grund wird auch der Erweiterungsbau sehr positiv gesehen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die beantragten Zuschussmittel in den Haushalt einzustellen.